

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

172. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 21. April 2005

Tagesordnungspunkt 5:

- a) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010** (Drucksache 15/4970)
16111 C

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In mehreren Anträgen geht es heute um die Rechte von Kindern. Diese sollen verbessert werden. Dafür ist die PDS seit langem – im Bundestag wie auch im Bundesrat.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch
[fraktionslos])

Deshalb unterstützen wir auch die heute vorgeschlagenen Maßnahmen. Der Vorbehalt der Bundesrepublik zur UNO-Kinderrechtskonvention soll aufgehoben, ein Nationaler Aktionsplan soll angenommen und die Rechte von Kindern in Deutschland sollen gestärkt werden. Dem stimmt die PDS im Bundestag zu.

1992 hatte die Kohl-Regierung die **UN-Kinderrechtskonvention** nur unter Vorbehalt ratifiziert. Die damals beabsichtigte Folge war: Kindern von nichtdeutschen Eltern, vor allem Flüchtlingskindern, wurden wesentliche Rechte, die ihnen eigentlich zustehen, vorenthalten. – Frau Kollegin Mantel hat eben in bemerkenswerter Deutlichkeit ausgeführt, dass die Union weiter will, dass diesen Kindern, die eigentlich einen besonderen Schutz benötigen, diese Rechte immer noch vorenthalten werden sollen. Die PDS hat das immer abgelehnt und deshalb schon seit langem gefordert, diesen ungerechten Vorbehalt endlich zu tilgen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch
[fraktionslos])

Es sei daran erinnert: Rot-Grün hat das seit 1998 versprochen.

Wir erwarten allerdings, dass auch alle einschlägigen Gesetze geändert werden, sodass dann allen Kindern tatsächlich dieselben Rechte zustehen und – mehr noch – Flüchtlingskinder einen besonderen Schutz genießen.

Nun zum Aktionsplan: Die PDS wird ihm zustimmen. Er reicht uns aber nicht – schon gar nicht angesichts aktueller Entwicklungen. Verschiedene Studien belegen – das ist im Alltag erlebbar –: Die **Kinderarmut in Deutschland** ist hoch und sie nimmt immer noch zu. UNICEF hat belegt, dass die Kinderarmut in Deutschland seit 1990 stärker gestiegen ist als in allen vergleichbaren Industrieländern. Ich finde, das ist ein erschreckender Befund über deutsche Verhältnisse. Das ist ein wachsendes Übel für die von Armut Betroffenen, zumal im selben Zeitraum der Reichtum im Lande unanständig zugenommen hat. Diese negative Entwicklung wird durch aktuelle Gesetze der rot-grünen Bundesregierung – assistiert von der konservativen Opposition – sogar noch befördert. Ich erinnere nur an die so genannte Gesundheitsreform und an die Hartz-Pakete. Deshalb schlage ich für die PDS drei Sofortmaßnahmen vor:

Erstens. Bei allen Bezieherinnen bzw. Beziehern von Arbeitslosengeld II darf das Kindergeld nicht gegengerechnet werden. Kindergeld muss alle Kinder erreichen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Zweitens. Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sind von Kita-Gebühren zu befreien. Auch das wäre sozial, gerecht und klug im Sinne der Kinder.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie in Berlin doch gerne machen!)

Drittens. Empfänger von Arbeitslosengeld II sind von Zuzahlungen für Medikamente zu befreien, die ihre 13- bis 17-jährigen Kinder brauchen.

Alle drei Vorschläge lösen das komplexe Problem der Kinderarmut nicht, aber sie sind hilfreich und wichtig. Außerdem könnte die SPD mit ihrer Zustimmung zeigen, wie ernst ihre aktuelle Kapitalismuskritik ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])